

**Nein zum Lohnabbau und zur Demontage des Service public!
Mobilisieren wir uns während der Budget- und Steuerdebatte:**

Demonstration gegen Kahlschlag und Bildungsabbau Donnerstag, 15. Dezember, 17.30 Uhr Besammlung: Walchetur, Zürich

Nähe Hauptbahnhof, Walchebrücke/Neumühlequai – Bewilligung eingereicht

Der Zürcher Regierungsrat greift die Löhne und die Arbeitsbedingungen des Personals der öffentlichen Dienste an und demontiert den Service public – und dies seit Jahren. Mit dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 (Plan Hollenstein) sollen Löhne und Leistungen nochmals gekürzt werden, um 1 Milliarde Franken. Dieser Plan sieht u. a. vor:

- Streichung von 50 Klassen und Erhöhung der Klassengrössen an den Berufsfachschulen. Die Fremdsprachenkurse sollen aus dem kantonalen Weiterbildungsangebot gekippt und privatisiert werden: etwa 160 Teilzeitstellen werden dadurch abgebaut. Weiterbildungskurse soll es nur noch für jene geben, die sich das leisten können !
- Weniger Pflege für Allgemeinversicherte bei der somatischen Akutversorgung in den Spitälern und in der Psychiatrie (Abbau: mindestens 117 Millionen): das bedeutet mehr Stress für das Personal und schlechtere Betreuung der PatientInnen !
- Kürzung der geplanten Staatsbeiträge an die Uni und an die Zürcher Fachhochschule um satte 143 Millionen: Dies wird das Angebot und die Betreuungsverhältnisse verschlechtern und den Druck zur Erhöhung der Studiengebühren verstärken !
- Reduktion des Teuerungsausgleichs und erneute Verweigerung des Stufenanstiegs beim Personal (Abbau: 382 Mio.) und Abbau von Stellen, was fast 600 Personen den Arbeitsplatz kosten wird !
- Die Reinigung in der Verwaltung soll privatisiert werden. 160 Angestellte müssen dann darauf warten, dass sie zu viel tieferen Löhnen bei privaten Reinigungsfirmen angestellt werden !

Insbesondere Frauen werden von den Kürzungsmassnahmen betroffen: 75% der bisher abgebauten Stellen waren von Frauen besetzt. Sie tragen meistens die Folgen schlechterer öffentlicher Dienste (im Gesundheitswesen, bei der Kinderbetreuung usw.).

Die öffentlichen Angestellten (Pflegepersonal, Lehrpersonen, usw.) brauchen ihren Lohn und gute Arbeitsbedingungen und zwar jetzt – und nicht erst nach einer vorgegaukelten „Sanierung des Staatshaushaltes“. Die Familien brauchen Kindertagesstätten, gute Schulen und ein Gesundheitssystem, in dem die Heilungschancen nicht immer stärker vom Portemonnaie abhängig gemacht werden.

Von 2004 bis 2009 soll sich der Abbau der Dienstleistungen und der Löhne insgesamt auf 4 Milliarden belaufen. Auf der anderen Seite schreibt die „NZZ am Sonntag“ (6.11.05): „Das beste Jahr aller Zeiten – Die Gewinne der Schweizer Firmen waren noch nie so hoch: Mit 63 Milliarden Reingewinn übertreffen die börsenkotierten Firmen sogar das Boomjahr 2000“ ! Wenn der Staat als Arbeitgeber in dieser Situation den Lohnabbau durchsetzt, bestärkt dies die privaten Arbeitgeber in ihrer eigenen Lohnabbaupolitik. Schluss mit dem Kürzen, Geld ist genug da !

Aktion Gsundi Gsundheitspolitik (AGGP), attac, BerufschullehrerInnen gegen Privatisierung in der Weiterbildung und grössere Klassen, Kritische Politik (ex-VSU), Netzwerk Lehrpersonen im Gesundheitswesen des Kt. Zürich (angefragt), Verband Städtischer ArbeitnehmerInnen Zürich (VSAZ), Bewegung für den Sozialismus (BFS), Partei der Arbeit (PdA) - Weitere Organisationen und Gewerkschaften werden um Unterstützung angefragt.

Kontakt: b_kahlschlag@bluewin.ch - Spenden an: Bündnis gegen Kahlschlag, PCK 17-89370-9